ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrengasse 7, **Büroadresse: 1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 1**
E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG vom 11. und 12. Juni 2025

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 50 Planstellenbesetzungen beschlossen.

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

AUF im ZA:
Antrag auf Evaluierung der Kostenübernahme einer Amts- und Organhaftpflichtversicherung für alle Bediensteten durch den Dienstgeber;

Antrag auf Erweiterung der Gehaltsstaffeln auf mindestens 23 Stufen;

FA Kärnten:
Antrag auf Evaluierung der Planstellenberechnung unter besonderer Berücksichtigung von Teilzeitdienstverhältnissen sowie längerfristiger personeller Ausfälle;

FA Steiermark:
Antrag auf Bewertungsverbesserungen der E2a-Planstellen im LKA, LKAAST, LSE und SPK Graz – KR;

Antrag auf Rücknahme der Sparvorhaben durch das BMI;

FA Tirol:
Antrag auf Trageerlaubnis der Einsatzhosen im exekutiven Außendienst;

FA Wien:
Antrag des DA PDHE Wien auf Zuweisung von Baseballkappen an alle PDHF im Bundesgebiet;

Antwortschreiben

BMI – Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend Bekanntgabe weiterer geplanter Strukturmaßnahmen;

Die letzte groß angelegte Dienstellenstrukturanpassung im Bereich der Landespolizeidirektionen erfolgte im Jahr 2014. Derzeit sind keine umfassenden Maßnahmen dieser Art geplant. Einzelne Fusionierungen erfolgen in der Regel auf Antrag der jeweiligen Landespolizeidirektion.

Aktuell liegen folgende Anträge vor, die vom Bundesministerium des Innern (BMI) geprüft werden:

Landespolizeidirektion Tirol:

Fusionierung der PI Ischgl und PI Kappl am Standort von Ischgl (Umsetzung mit 01. Juni 2025).

Landespolizeidirektion Vorarlberg:

Fusionierung der PI Schruns und PI Gaschurn sowie PI Rankweil und PI Sulz wobei die Standorte erhalten bleiben und lediglich eine organisatorische Fusionierung beantragt ist.

BMI – Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend Rücknahme aller angeordneter Sparmaßnahmen sowie Einbindung der Personalvertretung in mögliche Änderung des Dienstsystems;

Wie dem aktuellen Mitarbeiterinformationsschreiben des Bundesministers für Inneres sowie des Staatssekretärs zu entnehmen ist, wurde mit der Vorlage des Doppelbudgets 2025/2026 durch den Bundesminister für Finanzen eine tragfähige finanzielle Grundlage für die kommenden Jahre geschaffen.

Eine vollständige Rücknahme aller Steuerungsvorgaben ist aus derzeitiger Sicht nicht vorgesehen. Vielmehr wird angestrebt, eine differenzierte Bewertung der einzelnen Maßnahmen vorzunehmen. Ziel ist es, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Belastungen sicherzustellen und zugleich die operative Einsatzfähigkeit auf allen Ebenen zu gewährleisten.

Seitens des Bundesministers für Inneres, Mag. Gerhard Karner, sowie des Staatssekretärs, Mag. Jörg Leichtfried, wurde der Auftrag erteilt, ein neues, bundesweit einheitliches Dienstzeitmodell zu erarbeiten. Ziel dieser Initiative ist es, das bestehende System unter Berücksichtigung der Ergebnisse der aktuellen Mitarbeiterbefragung weiterzuentwickeln. Angestrebt werden insbesondere eine Reduktion von Überstunden, eine verbesserte Planbarkeit, eine gesteigerte operative Schlagkraft sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das zukünftige Modell soll effizient, fair und flexibel ausgestaltet sein.

BMI – Antwortschreiben zum Antrag auf Durchführung der besoldungsrechtlichen Einstufungen und Nachzahlungen aufgrund rechtskräftiger Verbesserung des Besoldungsdienstalters im Zuge amtswegig durchgeführter Neufestsetzung des Vergleichsstichtages;

Es wurde mitgeteilt, dass nach erfolgtem Abschluss dieser Prüfung (Vergleichsstichtag) nun wieder Nachzahlungen von rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren durchgeführt werden. Aufgrund der Sperrung von bestimmten Anwendungen ist der Auszahlungsvorgang jedoch derzeit mit einem deutlich höheren Verwaltungsaufwand verbunden, wodurch es zu Wartezeiten bei der Anweisung kommen kann.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 241 Schriftstücke behandelt.

Schadensfälle

Am 10.06.2025 wurden 35 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bereits mitgeteilt.

Der Zentralausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen erholsamen Urlaub!

Mit kollegialen Grüßen

Martin HEINZL
Vorsitzender

Martin NOSCHIEL
Vorsitzender Stv.

Reinhold MAIER
Vorsitzender Stv.